



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Sind wir bereit für einen KRIEG gegen den dämonisierten Iran?

Warum die USA den iranischen Wahlen die Rechtmäßigkeit absprechen wollen.

Unter diesem Titel veröffentlichte **Paul Craig ROBERTS, stellvertretender Finanzminister** in der US-Regierung von Ronald Reagan's erster Amtszeit, eine **Stellungnahme** zur derzeitigen Lage im Iran, die allen wahrheitsliebenden Bürgern zu denken geben sollte. Diese Stellungnahme eines (früheren) hochrangigen US-Regierungsmitglieds (!) wurde in keinem der offensichtlich gleichgeschalteten Massenmedien in Österreich (von ORF bis "Krone") auch nur mit einem Wort erwähnt. Sie zeigt das erschütternde Ausmaß der Desinformation (=Lüge), der wir im "freien Westen" tagtäglich ausgesetzt sind! Nachstehend einige wörtliche Zitate aus der Stellungnahme von Craig Roberts.

... "Der **Wahlbetrug** wird als Tatsache hingestellt, obwohl es dafür **keinerlei Beweise** gibt." ... "Wer ist die Informationsquelle für die US-Medien und die amerikanischen Marionetten-Staaten? Nur die **Behauptungen** des unterlegenen Kandidaten, desjenigen, den Amerika bevorzugt. Es liegen aber harte **BEWEISE für das Gegenteil** vor."

"Amerikanische (!) Meinungsforscher haben **vor den Wahlen** eine unabhängige objektive **Umfrage** durchgeführt.... Die Resultate der Umfrage, die einzig wirkliche Information, die wir derzeit haben, lassen erkennen, daß die Wahlergebnisse den Willen der iranischen Wähler widerspiegeln."...

"Viele Experten behaupten, die Höhe des Sieges des amtierenden Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad sei das Resultat von Betrug oder Manipulation, aber unsere **landesweite Meinungsumfrage** drei Wochen vor der Wahl zeigte, daß Ahmadinejad in einem Verhältnis von mehr als 2 zu 1 in Führung lag - klarer noch als die tatsächliche Höhe seines Sieges in den Wahlen."...

"Viele Kommentatoren haben die **iranische Jugend und das Internet** als Vorboten einer Wende in diesen Wahlen dargestellt. Aber unsere Befragung zeigte, daß nur ein Drittel der Iraner überhaupt Zugang zum Internet hat und die 18- bis 24-Jährigen den stärksten Wählerblock **für** Ahmadinejad darstellten."...

"Zahlreiche Nachrichtenberichte thematisierten, daß die US-Regierung ein Programm zur Destabilisierung Irans in die Tat umsetzt. ... Die Dokumente belegen, daß die CIA **400 Millionen Dollar** (3,9 Milliarden ÖS) innerhalb Irans ausgab, um nach den Wahlen eine farbige, aber hohle **Revolution** aus dem Boden schießen zu lassen."...

"Es liegt sicher im Bereich der Möglichkeiten, daß Mir-Hossein Moussavi ein gekaufter und bezahlter Agent

der US-Regierung ist. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß die US-Regierung mittels US-Medien und ausländischer Medien Operationen **psychologischer Kriegsführung** führt, die sowohl auf Amerikaner als auch auf Ausländer zielen."...

"Weder ich noch die große Mehrheit der Leser sind Iran-Experten. Aber vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes betrachtet: Stünde Ihr Land von zwei Ländern mit weit mächtigeren Militärapparaten unter ständiger Drohung eines Angriffs, wie es Iran von seiten der USA und Israel ist, würden Sie dann den besten Verteidiger Ihres Landes im Stich lassen und den bevorzugten Kandidaten der USA und Israel wählen? Glauben Sie, die Iraner hätten gewählt, um ein amerikanischer Marionettenstaat zu werden?"

"**Iran ist eine geschichtsträchtige und gebildete Gesellschaft.** Ein großer Teil der intellektuellen Klasse ist säkularisiert. Ein signifikanter, wenn auch kleiner Prozentsatz der Jugend hat sich der westlichen Hingabe

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

an persönliches Vergnügen und Selbstbefangenheit verschrieben. Diese Leute können leicht **mit amerikanischem Geld organisiert** werden, um ihre Regierung und die islamischen Einschränkungen im persönlichen Verhalten auszupfeifen. Die US-Regierung nutzt diese verwestlichten Iraner aus, um eine Basis zur Diskreditierung der iranischen Wahlen und der iranischen Regierung zu schaffen."

"Am 14. Juni **billigte** das 'McClatch Washington Bureau', das manchmal versucht, die wirklichen Nachrichten zu berichten, **die psychologische Kriegsführung Washingtons** und erklärte: 'Die Resultate der Wahlen im Iran erschweren die Kontaktbemühungen Obamas.' Hier beginnt sich die häßliche Fratze der Ausrede vom 'diplomatischen Mißerfolg' zu zeigen, sodaß nur eine militärische Lösung übrigbleibe."

"Als jemand, der die Vorgänge alle im Innern der US-Regierung erlebt hat, denke ich, daß die US-Regierung mit der Manipulation der amerikanischen Medien und derjenigen der Marionettenregierungen beabsichtigt, die iranische Regierung dadurch zu diskreditieren, daß sie diese Regierung als Unterdrücker des iranischen Volkes hinstellt, die den Willen des iranischen Volkes vereitelt. **So baut die US-Regierung den Iran für einen militärischen Angriff auf.**"

Die gesamte Stellungnahme von Craig Roberts, die noch zahlreiche genauere und aufschlußreiche weitere Informationen enthält, wurde in der Schweizer

Wochenzeitschrift "**Zeit-Fragen**" in deren Ausgabe Nr. 25 vom 22.6.2009 abgedruckt. Diese kann im Weltnetz unter www.zeit-fragen.ch eingesehen werden. Interessenten senden wir den sechseitigen Artikel oder die gesamte Ausgabe Nr. 25 auch gerne mit der Post gegen Spesenersatz zu; Vermerk "Bitte Zusendung Iran-Artikel oder "Zeit-Fragen" am Erlagschein genügt.

Daß die Bürger im Iran (und nicht nur dort!) den Regierungen des "Westens" zutiefst mißtrauen, ist kein Wunder. Werden doch die tatsächlich seit langem vorhandenen Atomwaffen im Nahen Osten kaum jemals von "westlichen" Medien erwähnt, geschweige denn angeprangert, nämlich jene Israels. Dabei ist das große **Atom-bombenarsenal** dieses Staates seit 1995 bekannt. In diesem Jahr erschien das Buch von Yoel Cohen "Die Vanunu-Affäre: Israels geheimes Atompotential". Diesem folgte 2003 ein weiteres Buch dieses Autors zum gleichen Thema mit dem Titel "Israel, Dimona and the Bomb." (Dimona ist der Ort in Israel, an dem große Teile der Atomwaffen unterirdisch gelagert sind.)

Anstatt daß jene Mächte, welche **Massenvernichtungswaffen** in großem Ausmaß **besitzen** (wie die USA, England, Frankreich, Israel u.a.), diese endlich selbst und auf immer **unschädlich machen** und die Welt nicht weiter damit bedrohen, erklären sie die **mögliche** Produktion von solchen Waffen in anderen Staaten als "Verbrechen" und als **Rechtfertigung zum Krieg** gegen diese mit allen fürchterlichen Folgen für

die Zivilbevölkerung (siehe Irak). Solange dieses Messen mit zweierlei Maß bestehen bleibt, wird es weder Frieden noch Freiheit und schon gar nicht Gerechtigkeit auf der Welt geben. Und die Völker werden keine Achtung vor den verlogenen "Demokratien" des "freien Westens" haben - zurecht!

Hinzuzufügen **aus österreichischer Sicht** dazu ist die Tatsache, daß es mit unserer "Demokratie" und Meinungsfreiheit ja auch nicht sehr weit her ist. Ohne Millionenbudgets (an Euro!) oder ohne massive Unterstützung von Massen- = Konzernmedien - beide Wege bedeuten von vornherein entspr. Abhängigkeiten - kann bei uns **keine** Partei oder Bürger-Gruppierung bei Wahlen mit auch nur einigem "Erfolg" rechnen - seit über 60 Jahren!

Die Parlamentsparteien erhöhen sich jährlich selbst ihre **Finanzierungs-Millionen** (auch in Zeiten der "Krise"), womit das Ungleichgewicht zwischen Machthabern und "normalen" BÜRGERN von Jahr zu Jahr größer wird.

Universitäten laden selbst fachlich noch so seriöse Wissenschaftler wieder aus, um zu verhindern, daß die Jugend sich mit deren Einschätzungen auseinandersetzen kann. Erst kürzlich (am 27.5.2009) widerfuhr dies auch Hrn. **Prof. Norman FINKELSTEIN**, der von der Universität Wien durch Saalabsage daran gehindert wurde, vor Studenten über den palästinensisch-israelischen Konflikt zu sprechen oder, genauer gesagt, die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel.

Ergebnis der EU-Wahlen vom 7.Juni: EU-Gegner stellen in allen Mitgliedstaaten eine deutliche Mehrheit!

Austrittsbewegung durch Nichtwähler gestärkt.

Die jüngste EU-Wahl war ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß die sogenannte Europäische "Union" keine Zukunft mehr hat. Franzosen/Engländer/Deutsche/Portugiesen/Holländer/Finnen usw. wollen sich nicht auf gleichgeschaltete "Unionsbürger" reduzieren lassen, die einer Polit-

Zentrale zu gehorchen haben, die ihrerseits nur Beschlüssen Folge leistet, die in **Geheimgesprächen** der "Bosse" untereinander bei den G-7, G-8 oder sonstigen Welt(Wirtschafts-) GIPFELN ausgeheckt werden - jenseits jeglicher demokratischer Grundsätze und mit verheerenden Auswirkungen

auf die Lebens- und Einkommens-Situation der arbeitenden Bürger (siehe die "gemachte" KRISE).

Eine **Propagandalawine sondergleichen**, doch unbedingt an der EU-Wahl teilzunehmen, erfolgte von fast allen offiziellen Stellen auf nationaler Ebene als auch

durch die EU selbst zusätzlich EU-weit; Millionen und Abermillionen für Werbebudgets hat man ja in Hülle und Fülle aus den Mitgliedsbeiträgen der Nettozahler und deren Transferleistungen für die EURO-Währung, die ja bekanntlich jedes Jahr ein Vielfaches der Mitgliedsbeiträge ausmachen (wie in WEGWARTE Ausgabe Nr. 4/2008 näher dargelegt).

Und trotzdem betrug die **Wahlbeteiligung EU-weit (!)** im Durchschnitt **nur rund 43 Prozent**. In Großbritannien nahmen nur 34,8 Prozent der Bürger an der EU-Wahl teil, in Frankreich 40,5 %, in Deutschland 43,3 %, in Holland nur 36,5 %, in Finnland 40,3 %, in Portugal 37,1 % usw.

Die in vielen EU-Staaten aktive **Austrittsbewegung** kann sich gerade nach dieser Wahl darauf berufen, daß **sie die Mehrheit** der europäischen Bürger und Völker vertritt und die EU-Vasallen in Parteien, Massen- = Konzernmedien und Gerichten nur mehr die **Minderheit**.

Wenn man dann zur deutlichen Mehrheit der Nichtwähler noch die dazurechnet, die in gutem Glauben Parteien gewählt haben, von denen sie hoffen, daß diese gegen die EU sind (in Österreich zB die Martin- und FPÖ-Wähler, in anderen Ländern ähnliche Gruppierungen), wird offensichtlich, wie massiv das EU-Herrschaftssystem seit den jeweiligen Beitrittsabstimmungen (in Österreich vor 15 Jahren) an **Vertrauen und Achtung verloren hat**.

Wäre die EU ein demokratisches System, müßte sie sich aufgrund dieses Wahlergebnisses **selbst auflösen**. Wer von einer deutlichen Mehrheit nicht mehr gewählt wird, hat keinerlei Berechtigung, weiter zu herrschen!

Ernüchterung auch in den Oststaaten

Geradezu vernichtend war die Wahlbeteiligung in den sogenannten Ost-Staaten, die noch vor wenigen Jahren mit großen Hoffnungen der EU beigetreten wurden. So wie den "einfachen" Bürgern **aller** EU-Mitgliedstaaten hat die EU-Mitgliedschaft **auch** den "Ost-Staaten" weit mehr Nachteile

als Vorteile gebracht. Die Schlagzeile einer "renommierten" österreichischen Wirtschaftszeitung am Vorabend der EU-Osterweiterung: **"EU killt Ostbetriebe: Chance für Österreich!"** war schon damals mehr als zynisch und außerdem falsch. Denn wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Gerade die ach so erfolgreiche "Osterweiterung" der österr. (Finanz-)Wirtschaft belastet die österreichischen Steuerzahler heute mehr als alles andere. Eben weil die Ostbetriebe so schamlos aufgekauft wurden, können diese Länder heute nicht mehr zahlen - wie auch?! Die Zeche dafür zahlen hier wie dort Arbeitnehmer, Bauern und bodenständige Klein- und Mittelbetriebe.

Die Wahlbeteiligung der zehn Staaten des ehemaligen "Ostblocks" betrug im Durchschnitt **nur knapp über 32 Prozent**; im bevölkerungsstarken Polen gingen nur 27,4 Prozent der Bürger zur EU-Wahl, in Tschechien 27,8 Prozent, in Ungarn 36,3 %, in der Slowakei gar nur 19,6 % (!). Am bemerkenswertesten ist das Ergebnis in **Slowenien**: das Staatsvolk, das 2004 mit dem bei weitem höchsten Prozentsatz von allen, nämlich mit fast 90 Prozent, für den EU- und NATO-Beitritt stimmte (bei damals knapp über 60 % Wahlbeteiligung), erteilte der EU nun - nur fünf Jahre später - eine massive Abfuhr mit nur 28 % Beteiligung bei der EU-Wahl!

In Österreich: Wahlsieger "Kronen-Zeitung"?

Das EU-Wahlergebnis in Österreich war ein Riesenerfolg für die EU-Gegner und Austritts-Befürworter. Denn der mächtigste Meinungsmacher des Landes, die "Kronen-Zeitung", hat eine in der bisherigen Mediengeschichte Österreichs noch nie dagewesene, völlig einseitige Propagandalawine für Hans Peter MARTIN inszeniert, die natürlich nicht ohne Wirkung blieb. Ohne diese Kampagne wäre die **Wahlbeteiligung** noch viel geringer gewesen als sie es mit **42,43 %** ohnehin schon war.

Die "Krone" hat damit der EU - wie schon bei der Beitrittsabstimmung von 1994 - einen großen Dienst erwiesen. Denn viele Bürger

glaubten ja, daß **Martin** gegen die EU sei. Er erklärte aber u.a. in einem Interview mit "Österreich" fünf Tage vor der EU-Wahl auf die Frage **"Was antworten Sie EU-Gegnern auf der Straße?"** wörtlich: "Daß vieles ohne die EU noch schlimmer wäre." Das hätte Schlüssel auch nicht anders formuliert!

Trotz der vielen Anti-EU-Leserbriefe an die "Krone" hat diese den EU-Befürworter Faymann zum Bundeskanzler gemacht, dem EU-Befürworter Martin zu drei Mandaten im EU-Parlament verholfen und will nun die EU-Befürworter Josef und Erwin Pröll zum Bundeskanzler und Bundespräsident machen. Die Familie Dichand besitzt ein riesiges Firmen-Netzwerk in Österreich (Aufstellung darüber kann bei Interesse gerne zugeschickt werden); Hans Dichand zählt zu den 30 (!) reichsten Männern Österreichs.

Nur durch die **Einführung der Briefwahl** (die es bei diesen EU-Wahlen nur in Österreich gab!) konnte die Wahlbeteiligung von den eigentlichen 42,43 Prozent am Wahlabend auf insgesamt 45,97 % erhöht werden. Durch die Briefwahl konnten auch "EU-Bürger", die zwar keine österr. Staatsbürgerschaft, aber einen "ordentlichen Wohnsitz" in Österreich besitzen, hier mitwählen, ohne dabei in Österreich anwesend zu sein. Reiche mit mehreren Wohnsitzen in der EU konnten dadurch für ihr jeweiliges Wohnsitzland abstimmen und von ihrem dortigen Zuhause aus zusätzlich ganz bequem eine Stimme für das EU-Wahlergebnis nach Österreich schicken (das Porto dafür zahlte der österr. Staat).

EU-"Parlament" finanziert Mölzer's "Zur Zeit"

Ausgerechnet der Spitzenkandidat der FPÖ, die sich in zig sündteuren Inseraten und Plakatserien als EU-Gegner präsentierte, ließ sich viele Artikel (insgesamt 122 vor der EU-Wahl) "seiner" Zeitschrift "Zur Zeit" vom EU-"Parlament" bezahlen. Und zwar gerade die Artikel, die EU-Fragen betrafen. So wird das Abendland nicht gerettet werden! Denn - wer zahlt, der mahlt... Wetten, daß sich an dieser Form der Finanzierung nichts ändern wird - ob mit oder ohne (kaum) ersichtlicher Kennzeichnung?!

Wie die Iren zum "Lissabon-Vertrag" ("Reform"-Vertrag) bekehrt werden sollen.

Wenn ein Abstimmungsergebnis der EU nicht paßt, "muß" es wiederholt werden, selbst dann, wenn nur in einem einzigen von 27 Mitgliedstaaten überhaupt abgestimmt werden darf. Beim zweiten Mal soll nun nichts mehr schief gehen, da werden alle nur möglichen Register gezogen.

1. Man läßt das irische Volk erst wieder abstimmen, wenn (fast) **alle anderen Mitgliedstaaten** den Lissabon-Vertrag (die getarnte EU-Verfassung) bereits ratifiziert haben und man die Iren damit unter Druck setzen kann. Deshalb ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in **Deutschland** (das über ein Jahr lang dazu brauchte) genau nach der EU-Wahl zu einem Termin veröffentlicht worden, der die (in der Praxis bedeutungslose) Reparatur des Begleitgesetzes in Deutschland und damit die Ratifizierung des EU-Vertrags auch dort noch "**rechtzeitig**" sowohl vor der Bundestagswahl in Deutschland am 27.9. als auch vor der Irland-Abstimmung (voraussichtlich Anfang Oktober 2009) ermöglicht.

2. Man macht den Iren Zugeständnisse, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Damit diese **keine Vertragsänderungen** darstellen (was sie eigentlich sind) und damit eine neuerliche Ratifizierung des gesamten Vertrags in allen Mitgliedstaaten erfordern (was man politisch nicht mehr durchbringen würde), sollen sie in einer verbindlichen **ERKLÄRUNG** an den Beitrittsvertrag mit **Kroatien** angehängt und mit diesem zusammen in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Diese Erklärung betrifft die Zusicherung von drei Punkten: die Beibehaltung der militärischen Neutralität Irlands, die Beibehaltung des strikten Verbots von Abtreibungen, und die Beibehaltung der besonders niedrigen Körperschafts-Steuern. Zwei dieser "Zusicherungen" sind äußerst fragwürdig.

Die **Verpflichtung zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** ist zentraler Bestandteil schon der bestehenden EU-Verträge. Die gesamte Militärpolitik der Mitgliedstaaten untereinander ist so vernetzt, daß ein Mitgliedstaat keine eigene Verteidigungshoheit und -Befähigung - und damit auch keine militärische Neutralität - haben **kann**. Nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags wird ein "Präsident" für die gesamte EU sowie ein **EU-Außenminister** bestellt werden, der die Außenpolitik für die gesamte EU bestimmt und vertritt. Dabei gilt für jeden Mitgliedstaat (also auch

Irland) "mitgefangen - mitgehangen". Die Zusage auf Beibehaltung der Neutralität ist deshalb eine reine Augenauswischerei!

Und auch bei der Steuerpolitik ermächtigt der Lissabon-Vertrag die EU in einer **finanzpolitischen Generalklausel** (Artikel 311 Absatz 1), "sich mit den erforderlichen Mitteln auszustatten, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Politik durchführen zu können." Dieser Artikel ermächtigt die Union, (gesamt-) europäische **Steuern** einzuführen, was auch sehr bald nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags eintreten wird. Mit den **niedrigen Körperschafts-Steuern** hat Irland seit vielen Jahren ausländische (vor allem amerikanische) Großkonzerne ins Land gelockt, die dort große Produktionsstandorte errichtet haben, wo sie ohne Rücksicht auf Umweltschäden (das riesige Meer liegt ja vor der Haustüre) arbeiten können. Bei einer Erhöhung dieser Steuer oder Einführung einer anderen Steuer mit ähnlicher Wirkung würden diese Konzerne das Land verlassen.

3. Bei der "ersten" Abstimmung über den Lissabon-Vertrag vor einem Jahr hat sich die **katholische Kirche** "neutral" verhalten, also keine Abstimmungsempfehlung ausgesprochen. Diesmal ist das anders. Die Bischöfe haben bereits signalisiert, daß sie diesmal eine **Ja-Empfehlung** verkünden werden. Die katholische Kirche ist die gesellschaftlich bestimmende Kraft in Irland und hat dort einen viel größeren Stellenwert als bei uns.

Es wäre also ein **Wunder**, würde die neuerliche Abstimmung in Irland im Oktober mit NEIN zum Lissabon-Vertrag ausgehen. Trotzdem muß man darauf hoffen!

Liebe Leser! Die WEGWARTE ist alles andere als ein "bequemes" Medium. Als Teil der Alternativ- und Basisbewegung versuchen wir seit vielen Jahren, auch Informationen zu verbreiten, die den Mächtigen ein Dorn im Auge sind. Aber die Wahrheit ist unteilbar und bitte helfen Sie uns, diese weiter zu verbreiten!

Mit Ihrem Kostenbeitrag ermöglichen Sie dies. Deshalb hoffen wir auf Ihre weitere Unterstützung und DANKEN allen, die schon bisher (immer wieder) dazu beigetragen haben, ganz herzlich und wünschen Ihnen einen schönen Sommer!

Inge Rauscher und Mitarbeiter.

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
19. Jahrgang, Folge 4, Juli 2009
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
30. Juni 2009

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053